#### Kurzbericht

# Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(33. Sitzung am 8. Oktober 2014)

### Beratungsthemen:

## Nicht öffentlicher Sitzungsteil

 Unterrichtung durch die Frau Justizministerin über ein besonderes Vorkommnis im Justizvollzug

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung - teils in vertraulicher Sitzung - entgegen und führte darüber eine Aussprache.

# Öffentlicher Sitzungsteil

2. Entwurf eines Gesetzes über die Neuordnung von Vorschriften über die Justiz Gesetzentwurf der Landesregierung - <u>Drs. 17/1585</u>

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Rechtsanwaltskammer Celle
- Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Justizfachverbände
- Deutscher Anwaltverein
- 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Eisenbahnen und Seilbahnen

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/1412

Der Ausschuss vertagte die Mitberatung auf die nächste Sitzung.

 Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze Gesetzentwurf der Landesregierung - <u>Drs. 17/1945</u>

Der -mitberatende - Ausschuss votierte gegenüber dem - federführenden Ausschuss für Inneres und Sport einstimmig dafür, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmend.

 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 17/1608

Der Ausschuss kam überein, zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Über die Einzelheiten wollen sich die Sprecher der Fraktionen am Rande des Oktober-Plenums verständigen.

 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung und zur Ausgestaltung des Konnexitätsprinzips im niedersächsischen Landesrecht Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 17/1746

Der - federführende - Ausschuss kam überein, die Landesregierung um mündliche Unterrichtung zum Gegenstand des Gesetzentwurfes zu bitten und zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Die Einzelheiten der Anhörung sollen besprochen werden, wenn die Unterrichtung entgegengenommen wurde.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung von Vorschriften über Verordnungen und Zuständigkeiten sowie zur Rechtsbereinigung

Gesetzentwurf der Landesregierung - <u>Drs. 17/1468</u>

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich einstimmig - bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP - der Empfehlung des federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in einer geänderten Fassung anzunehmen.